

Sachsenzeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 352.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Bezugspreis für Halle und Querfurt 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr die halbe Zeitung erdient monatlich 70 Pfennig. — Gratis-Beilagen: Halleischer Kurier (tägl. Beilagenblatt), H. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Randb. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigerziffer für die festgesetzte Belegstelle ober dem Raum für Halle und das Gesamtziff. 20 Pf. enthält 20 Wp. Hierinnen am Schluß der redaktionellen Zeile die Zelle 100 Wp. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Redaktions-Telefon 1272. Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Sonnabend, 29. Juli 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Wie „einstimmige“ Erklärungen und sozialdemokratische „Berichtigungen“ entstehen.

Die Enthüllungen über die Mißstände in der der Groß-einkaufsgesellschaft sozialdemokratischer Konsumvereine gehörigen Seifenfabrik in Gröba bei Wietzen haben mit Recht nicht geringes Aufsehen erregt. Und es war zu erwarten, daß von den sozialdemokratischen Arbeitgebern versucht werden würde, jene Mitteilungen, die einen tiefen Einblick in die Verhältnisse eines sozialdemokratischen Mutterbetriebes gewährten, als „Entstellungen“ und „Verleumdungen“ abzutun. Die „Berichtigung“, so lesen wir in der „Korresp. des Reichsber.“ gegen die Sozialdemokratie, ist in der Tat erfolgt, sie besteht in einer „Entscheidung“, die in einer am 15. Juli 1911 abgehaltenen Fabrikerversammlung von der Arbeiterseite der Gröbaer Seifenfabrik angeht, „einstimmig“ angenommen worden ist und in der gesamten sozialdemokratischen Presse, der politischen wie in der gewerkschaftlichen, auf höherer Ebene abgedruckt wird.

Wie ist diese Entscheidung nun zustande gekommen? Zunächst wurde eine Vertrauensmännervereinbarung eingeleitet, die von dem Gauleiter Neuring und dem Sekretär Sack des Fabrikarbeiterverbandes in Gannover geleitet wurde. Den ersten von 15 Vertrauensleuten wurde von dem Vertrauensleiter vorgelesen, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie die bürgerliche Presse mit „unwahrem“ Material über die Zustände in der Fabrik verlorf hätte. Als gegen diese Darstellung Widerspruch laut wurde, wurde dieser sofort unterdrückt durch die Androhung des Verlustes der Erkennung. Als rote Fäden zog sich durch die Verhandlungen, die von 1/2 Uhr abends bis 1 Uhr nachts dauerten, die stehende, wahrhaft „brüderliche“ Redensart: „Wer dieser Dinge wegen aus der Fabrikarbeiterverbindung austritt, fliegt aus der Seifenfabrik hinaus; wenn alle austritten, fliegen alle hinaus!“ An der Abstimmung über die Frage, ob eine Generierung gegen die Angriffe der Gröbaer Seifenfabrik in bürgerlichen Blättern seitens der Arbeiterseite erlassen werden solle, beteiligten sich von den etwa 15 anwesenden Vertrauensleuten ganze vier, nachdem die beiden Vertrauensleiter im Laufe der Verhandlungen wiederholt sich hatten lassen müssen, daß gegen die Mitteilungen in bürgerlichen Zeitungen eine Generierung doch eigentlich gar nicht abzugeben werden könne, weil die Vertrauensleute die angeführten Mißstände doch einstimmig der Großeinkaufsgesellschaft bestätigt hätten. Als Antwort bekamen die Anwesenden zu hören, daß von dieser Tatsache ja noch niemand etwas wisse, und der Gauleiter und der Sekretär des Fabrikarbeiterverbandes machten darauf den Vertrauensleuten zur heiligsten Pflicht, den anderen Arbeitern gegenüber hiefür Stillschweigen zu beobachten!

Am Tage darauf fand nun die große Versammlung statt, zu der außer den 15 Vertrauensleuten auch die etwa 175 Mann zählende Arbeiterseite geladen worden war. Außerdem erhielten zu ihr noch Zutritt als sogenannte „Unparteiische“ der zweite Vorsitzende des Wietzen sozialdemokratischen Vereins Nitzsche, der frühere Reichstagsabgeordnete für Weizen-Großhandl., jetzt Wietzen-Konsumvereinsassessor, ferner der Wietzen sozialdemokratische Stadtvorordnete Richter, Geschäftsführer des Wietzen Konsumvereins und der Vertreter des sozialdemokratischen Gewerkschaftsrates, Fuhrmann, aus Wietzen.

Die Betriebsversammlung wurde mit Höflicher Satz abgehandelt. Zunächst wurden die Anwesenden nach unwarmer Darstellung des Verlaufes der Vertrauensmännervereinbarung aufgefordert, daß die Verammlung sich ebenso „einstimmig“ wie die Vertrauensleute am Abend vorher — von 15 Stimmen 4 da für! — sich für die Abwendung einer Generierung gegen die bürgerlichen Freygriffe erklären mögen. Als nach dieser Abstimmung nur etwa 12 Hände erhoben wurden, erhob sich das Kommando: „Hände hoch!“, worauf dann schüchtern etwa 20 der Anwesenden die Hände zum Zeichen der Zustimmung erhoben. Die übrigen Teilnehmer rührten sich nicht, nur-mellen wohl unwillig, aber niemand wagte bei der Gegenprobe sich zu rühren, wußte doch jeder, daß er bei etwaiger Widerpenfigkeit seine Stellung in der Fabrik verlieren würde. Das war die „einstimmige“ Annahme der Erklärung!

Und nun zum sachlichen Inhalt der Generierung. Zunächst wird bestritten, daß ein Tarifbruch vorliege. Zu diesem Punkte führte der offenbar recht zurückhaltende Gauleiter Neuring aus: „Tarifbruch liegt nicht vor, auch keine Umgehung des Tarifs, sondern die Großeinkaufsgesellschaft habe es nur verstanden, sich aus dem Tarifverträge Vorteile zu verschaffen!“ In einem früheren Artikel des Reichsber. nennt die sozialdemokratische Presse dieses

„sich Vorteile verschaffen“ eben „Tarifbruch“ — oder „Umgehung des Tarifs“.

Besonders empört war die große Mehrzahl der anwesenden Arbeiter darüber, daß sie zugeben sollten, ihnen sei die Maßregel nicht aufgezwungen worden. Tatsächlich waren sie aber gezwungen worden, Waimarken, Waimarkungen usw. zu kaufen. Ja, es mißfiel sich jetzt noch zwei Leute des Gröbaer Betriebes fast täglich Wortworte darüber machen lassen, daß sie noch immer die Waimarken nicht gekauft haben. Geradezu beunruhigt aber wirkte es auf die Arbeiter, als man ihnen wie einem franken Star gut zureden wollte, um sie für die Abminderung zu gewinnen, und dabei die Worte gebrauchte: „Brüder, werdet doch keine Hilfe vom Reichsverband annehmen!“ Als solche Mährchen nicht zogen, mußte das Geheiß der Arbeitlosigkeit herhalten. Sowohl Neuring, als auch Sack betonten, die Genossen im Rande würden sich wohl überlegen, ob sie von Reichsverbandlern produzierte Texte lesen sollten. Aber alle diese Drohungen schlugen ein fehl.

Das tägliche Ergebnis der Abstimmung war der Ausdruck der Empörung unter der Gröbaer Arbeiterseite, und es zeigt zugleich, welcher Wert der in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten angeblich „einstimmig“ gefassten Erklärung und den in ihr enthaltenen Berichtigungen beizumessen ist.

Die Presse zu den Ausführungen des englischen Premierministers.

In der englischen Presse hat die bekannte Erklärung Asquiths (vergl. Nr. 350 der „Sachl. Ztg.“) natürlich die lebhafteste Beachtung gefunden. — Wir geben nachstehende Welterzählungen der Londoner Blätter wieder. So schreibt der „Daily Telegraph“:

„Trotz des Zornes, in dem die deutsche Presse sich geäußert hat, vernehmen lassen, haben wir die Hoffnung, daß die Unterhandlungen noch durch ein gerechtes und ehrenvolles Abkommen ihren Abschluß finden werden. Das darf unter keinen Umständen gleichbedeutend mit einem Nachgeben vor der Gewalt sein. Deutschland muß sich seinen Forderungen auf einen Standpunkt der Wägung und der gegenseitigen Wägung stellen. Deutschland darf und wird nicht die Forderung der Entente cordiale herbeiführen und es mißfällt darin, daß eine Feindschaft zwischen England und Preußen entsteht. Aber die Ministerpräsidenten Asquith selbst in dieser Beziehung die äußerste Grenze dar.“

Die „Times“ meint: „Es ist der Wunsch des Landes, wie der Premierminister sagt, einen ehrenvollen und für beide Parteien zufriedenstellenden Vertrag abzuschließen. Wir wollen zu diesem Zwecke keine Erörterungen geben. Aber wir wollen uns dafür, aber die Regelung des Interesses Englands nicht schädlich sein. Die Erklärung des Premierministers läßt ein für alle Mal die Tatsache hervorheben, daß wir keinen Augenblick zögern wollen, unsere Interessen zu verteidigen, aber unter Vertragsverpflichtungen zu erfüllen. Sie dringt aber auch zum Ausdruck, daß wir keine Schwermütigkeit herbeiführen wollen und daß wir lediglich den Wunsch haben, die Verhandlungen zwischen beiden Parteien zu einem befriedigenden Abschluß kommen zu sehen.“

Der „Standard“ erwartet auf die Rede Asquiths eine Erklärung Deutschlands: „Wir glauben zwischen den Zeilen der Rede des Ministers Asquith eine Aufforderung an Deutschland lesen zu können, eine endgültige Erklärung zu geben. Wir können nur die Hoffnung aussprechen, daß dies geschehen möge und daß der Reichsministerpräsidenten Asquith auf diese Einladung in ernstem und ruhigem Geiste antworten wird.“

Die „Morning Post“ droht: „Unsere Nation liebt den Frieden und wird nichts tun, um zu hören. Aber sie wird den Weg von Recht und Pflicht nicht verlassen, selbst wenn der Friede aus Spiel gesetzt wird.“

„Reimischer Gazette“ schreibt: „Wir haben es mit einer Lage zu tun, die, wenn sie nicht vorzüglich und klar behandelt wird, Folgen haben könnte, die in gar keinem Verhältnis zu den Anlässen stehen würden, die sie herbeigeführt haben. Wird sie aber klar und vorzüglich behandelt, dann dürfte sie, und wie wir hoffen, wird sie zu einem dauernden, besseren Einvernehmen zwischen allen beteiligten Mächten führen. Wichtigste Aufgabe ist unter Umständen die, die wir vorhaben, daß die Diplomatie nach einigen Tagen der Erregung in ein ruhigeres, normales Fahrwasser zurückkehrt. Wir bedauern offen, daß zwischen uns und Deutschland die Diplomatie so bald nach dem Besuch des Kaisers und nach der augenscheinlichen Verringerung der gegenseitigen Beziehungen zu einem Punkte der Spannung gekommen ist. Wir erkennen nämlich, daß die diplomatische und die folgende deutsch-französische Verhandlung mehr ein diplomatisches Hindernis waren als eine Lösung des Marokkoproblems und der Fragen, die dem Problem zu Grunde lagen. Es gereicht jetzt allen zum Vorteil, daß die Wirklichkeiten ins Auge gefaßt werden und eine wirkliche Auseinandersetzung stattfinden. Wir glauben keinen Augenblick, daß dies ohne Opfer auf beiden Seiten möglich ist.“ Das „Lancet“ meint: „Die „Legende“, daß England befreit sei, eine angemessene Expansion Deutschlands zu verhindern, die ihm notwendigen Zugänge zur See zu versperren und seine Diplomatie in der ganzen Welt zu durchkreuzen, und schließlich: Wir haben keine solche Pflicht und freuen uns, daß der Premierminister durch seine öffentliche Erklärung beweisen (1) konnte, daß wir einen deutsch-französischen Ausgleich in Afrika nicht zu verhindern beabsichtigen. Wir wünschen außerdem das Aufkommen einer Legende zu verhindern, die, wenn sie unwiderprochen bliebe, einer deutsch-englischen Neutralität neue Gelegenheit und eine größere Gefahr geben würde.“

Die Kommentare der französischen Presse über die Rede Asquiths und deren Erwidrerung durch den Führer der Opposition, Balfour, sind natürlich außerordentlich günstig und man betrachtet die dadurch geschaffene Lage sehr optimistisch. Der „Matin“ schreibt:

„Wir glauben, daß sowohl in Paris wie in Berlin der auf richtige Wunsch besteht, zu einem günstigen Abkommen zu gelangen und sind der Meinung, daß dieses auch möglich ist, da wir einer territorialen Kompensation für Deutschland nichts in den Weg legen (1), wenn sie sich in mäßigen Grenzen bewegt.“

Vom Invalidenversicherungs-gesetz.

Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis der Abrechnung über die im Jahre 1910 auf Grund des Invalidenversicherungs-gesetzes geleisteten Zahlungen sind insgesamt 175,7 Millionen Mark gezahlt worden. Davon gehen aber 2,1 Millionen Mark fakturartige Rentenanteile bei zwei Snappidatistklassen ab, so daß als Zahlungen auf Grund des Invalidengesetzes 173,6 Millionen Mark verbleiben. Davon kamen 145,7 Millionen Mark auf die Invalidenrenten, 3,4 Millionen Mark auf die Krankenrenten und 9,5 Millionen Mark auf die Beitrags-erstattungen. Uebersieht man, so schreiben hierzu die „Berliner Politischen Nachrichten“, die Entwicklung, die die Zahlungen auf Grund des Invalidenversicherungs-gesetzes im letzten Jahrzehnt durchgemacht haben, so erkennt man, wie sehr sich die Bedeutung der Alters- und der Invalidenrenten gegenüber verhöben hat. Im Jahre 1900 stellten sich die geleisteten Zahlungen auf insgesamt 87,1 Millionen Mark. Davon kamen 53,6 Millionen Mark auf die Invalidenrenten, 0,7 Millionen Mark auf die Krankenrenten, 26,2 Millionen Mark auf die Altersrenten und 6,6 Millionen Mark auf die Beitrags-erstattungen. Damals machte der Betrag der gezahlten Altersrenten noch die Hälfte des für Invalidenrenten hergegebenen aus. Im letzten Jahre war der Altersrentenbetrag auf nahezu ein Zehntel des Invalidenbetrages gesunken. Aus den Zahlen des Jahres 1910 ist ferner zu ersehen, daß nunmehr sämtliche übrigen, auf Grund des Invalidenversicherungs-gesetzes geleisteten Zahlungen gegen die Invalidenrenten verschwinden. Alle übrigen Zahlungen machten im Jahre 1910 nur 27,9 Millionen Mark aus, also etwa ein Fünftel des Invalidenrentenbetrages. Weiter sollte darauf geachtet werden, in welcher Weise sich die Steigerung der Zahlungen vollzieht: von 87,1 Millionen Mark im Jahre 1900 sind sie auf 173,6 Millionen Mark im Jahre 1910, also in einem Jahrzehnt auf das Doppelte gestiegen. Im Jahre 1909 waren 139,2 Millionen Mark Invalidenrenten, 3,5 Millionen Mark Krankenrenten, 15,6 Millionen Mark Altersrenten, 9,5 Millionen Mark Beitrags-erstattungen, insgesamt 167,8 Millionen Mark gezahlt. Gegen das Vorjahr hatten im Jahre 1910 demgemäß die reichsgesetzten Zahlungen aus Invalidenrenten um 4,6 v. H. und aus Beitrags-erstattungen um 0,1 v. H. zugenommen, dagegen aus Krankenrenten um 2,0 v. H. und aus Altersrenten um 3,4 v. H. abgenommen. Insgesamt haben sich die Zahlungen um 5,8 Millionen Mark, oder um 3,4 v. H. vermehrt. Von 10 000 M. reichsgesetzten Zahlungen kamen im Jahre 1900 auf die Invalidenrenten 6152 M. und in 1910 8390 M., auf die Krankenrenten 75 und 195 M., auf die Altersrenten 3012 und 866 M. und auf die Beitrags-erstattungen 761 und 546 M. Nach Wegzug der Beitrags-erstattungen fallen, wie erstateten Beträge waren im Jahre 1910 auf die verschiedenen Träger der Zahlungen 163,9 Millionen Mark zur Verfügung zu bringen. Davon hatten zu tragen das Reich 52,5 Millionen Mark, das Gemeinvermögen der Versicherungs-träger 76,4 und das Sondervermögen 35 Millionen Mark. Es ist auffällig, daß der Reichsanteil sich im Verhältnis zu den Gesamtzahlungen fortwährend gesunken ist. Von 10 000 M. Rentenzahlungen kamen auf das Reich im Jahre 1900 381 M., im Jahre 1910 nur noch 329 M., auf das Gemeinvermögen 479 und 466 M., auf das Sondervermögen 140 und 214 M. Die Verringerung des Sondervermögens der Versicherungs-träger hat sich danach allein fortwährend gesteigert, die des Gemeinvermögens stieg von 1900 auf 1911, hielt sich dann auf gleicher Höhe drei Jahre und fiel danach gleichfalls abnehmend, wenn auch nicht so stark wie die des Reiches.

Deutsches Reich.

Der Kaiser in Swinemünde. Die „Sachsenpost“ mit Seiner Majestät dem Kaiser an Bord trat nebst Begleit-schiffen um 6 Uhr 20 Minuten am Freitag abend im Hafen von Swinemünde ein. Es herrschte das herrliche Wetter. Die Festung gab den üblichen Salut ab. Die Be-gabung des Kaiserlichen des Deutschen Kaiserlichen Großherzogin Elisabeth, das dort im Hafen liegt, hatte in der Kaiserin Barabaraaufstellung genommen. Eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge begrüßte den Kaiser mit jubelnder Begeisterung. Der Kaiser dankte wiederholt.

Die Landtags-eröffnung in Eisenach. Aus Eisenach, 28. Juli, wird folgendes amtliches Wahlergebnis gemeldet: Bei der heutigen Landtags-eröffnung im Saalbau

